Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden. Amt. Komp.-Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6.00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8.50 M. Einzelnummer 30 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 2.00 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6.50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung für Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefaufbewahrung 30 Pf.

Nr. 47 | Dresden, Freitag den 25. Februar 1921 | 32. Jahrg.

Der Gildensozialismus als Parteiprogramm

I

Starke Entwicklungen vollziehen sich in der englischen sozialistischen Bewegung. Jahrzehnte hindurch hat es in England nur eine Arbeiterbewegung in Form von stark sich entwickelnden Gewerkschaften und Genossenschaften gegeben. Erst sehr spät haben sich diese dem Sozialismus zugewendet; erst 1900 wurde eine selbständige politische Arbeiterpartei zu organisieren begonnen, erst 1906 errang sie einen bemerkenswerten Wahlerfolg. Von dem alten Geist oder Ungeist, sich mit greifbaren Erfolgen — Lohnerhöhungen, Einzelrechten usw. — zu begnügen und den Sozialismus der Zukunft anzustreben, ist zwar noch immer viel vorhanden (nicht als ob von England her nicht auch Beiträge zum Ausbau des sozialistischen Systems gekommen wären, aber sie haben die Bewegung nicht entscheidend befruchten können!). Inzwischen wird das anders. Wieder ist es die 1893 gegründete I. L. P. (Independent Labour Party), die sich zum entscheidenden Schritt anschickt. Man hat in dieser geistig tonangebenden führenden Partei folgendes beschlossen: erstens, nach dem Krieg und nach der russischen Revolution geht es nicht mehr an, die Arbeiterschaft mit dem bloßen Versprechen wirtschaftlicher Interessenförderung auf der alten Bahn dahinwandern lassen, sondern als Sozialisten haben wir die Lage tiefer zu erschließen und aufzufassen; zweitens, aus diesem Grunde muß der seit Jahren in theoretischer Arbeit herangereifte klarere englische Sozialisierungsgedanke — denn nur um Sozialisierung dreht sich ja alles — in die Form eines Parteiprogramms gegossen und auf die Fahnen der führend-treibenden Partei geschrieben werden.

Man ging sehr praktisch und in nachahmenswerter Weise vor. Ein Ausschuß hielt eingehende Beratungen ab; der Stoff wurde knapp zusammengefaßt und auf 8 Punkte verteilt; über einige Punkte einigte man sich und legte über sehr zahlreiche verschiedene Vorschläge, von zumeist verschiedenen Parlamentsmitgliedern unterzeichnet, gedruckt vor; also nicht etwa durchgehende verschiedene Gruppen mit nur zwei Entwürfen, sondern Punkt für Punkt verschiedene Unterschriftenkombinationen. Ein Wischentwurf daraus wird nun in den Konferenzen erst durchdiskutiert und dann dem Parteitag unterbreitet — die ganze Partei hat sich somit monatelang mit der Frage beschäftigt.

Hier ist nun der Wischentwurf:

1. Zweck und Ziel

Die I. L. P. ist eine sozialistische Organisation, deren Ziel es ist, das gegenwärtige kapitalistische System mit seiner Ausbeutung der Arbeiter, ebenso alle Arten erblicher und wirtschaftlicher Vorrechte zu beseitigen und die Gesamtheit zum Eigentümer, Organisator und Verwalter aller produktiven Werte zu machen, zum Segen aller.

2. Kontrolle und Verwaltung des Eigentums der Gesamtheit

Die industrielle Organisation der Gesellschaft im sozialistischen Staate muß auf dem gemeinsamen Eigentum an Land und Kapital beruhen. Der Umfang und die Art der gemeinsamen Produktion und Dienstleistungen, die Festsetzung der Grundsätze, nach denen das nationale Einkommen eingeteilt wird, und der Ausgleich von Ansicht und Nachfrage liegen in den Händen einer zentralen Körperschaft und einzelner lokaler Körperschaften, die das Volk sowohl als Produzenten und als Konsumenten vertreten. (Produzenten sind im englischen Sprachgebrauch alle, die produzieren, vor allem also die Arbeiter.)

Die innere Verwaltung jedes einzelnen Industriezweiges muß in den Händen der dafür beschäftigten Arbeiter — Hand- und Kopfarbeiter — liegen; sie treffen ihre Maßnahmen in Verbindung mit den Vertretern der organisierten Konsumenten.

3. Nationalversammlung

Die Quelle staatlicher Willensäußerung muß die Gesamtheit des Volkes sein, die über Macht durch einen nationalen, vom Volk direkt erwählten Vertretungskörper ausübt, dem sich ein dezentralisiertes System von Selbstverwaltungskörpern anschließt.

4. Ausgleich von Machtvollkommenheiten

Um einen Ausgleich zwischen der Tätigkeit der Nationalversammlung und der Organisation der Produzenten und Konsumenten herzustellen, wird ein Generalrat gebildet, der zu gleichen Teilen aus Abgeordneten der Nationalversammlung und der Zentralorganisationen der Konsumenten und Produzenten besteht.

5. Die Zeit des Uebergangs

Ehe der Endzustand erreicht ist, darf die sozialistische Bewegung als vorläufige Maßregeln nur solche annehmen, die zugleich das Endziel fördern; z. B.: jede Sozialisierungs- oder Kommunalisierungsmaßnahme

a) muß den Arbeitern eine wirksame Kontrolle über und Verantwortung für die Verwaltung der Industrie in die Hand geben;

b) muß dahin gehen, den Kapitalismus zu beseitigen und muß die Entstehung neuer Ausbeutungsgelegenheiten verhindern;

c) darf ein Anrecht auf Waren und Dienstleistungen nur den Kindern, Greisen und Kranken gewähren und denen, die an der Erzeugung oder Verteilung von Gütern oder in sozialen Diensten beschäftigt sind.

6. Unmittelbare Aufgaben

Im Hinblick auf das Endziel: die sozialistischen Grundsätze zur Geltung zu bringen, wenn die Arbeiterklasse die Macht erlangt hat, erkennt die I. L. P. als die nächsten Aufgaben der sozialistischen Bewegung an:

a) Zusammenschluß und Ausbau der Gewerkschaften mit dem Ziel, eine vollständige Solidarität der Arbeiterklasse zu erreichen und die Kontrolle über die Industrie zu erlangen;

b) die Stärkung und Ausdehnung des Genossenschaftswesens mit dem Ziele, es zu einer wirksamen Vertretung der Konsumenten im künftigen sozialistischen Staate auszugestalten;

c) die Eroberung der lokalen und nationalen Regierungen mit dem Endziele, die Verwaltung nach sozialistischen Grundsätzen aufzubauen und die Verwaltungsmaschine des kapitalistischen Staates zu zerstören.

(Der Entwurf der Minderheit gibt die gleichen Ziele an, aber in einer weniger scharfen Fassung.)

7. Internationale

Die I. L. P. ist überzeugt davon, daß Imperialismus und durch kapitalistische Regierungen verursachte Kriege das größte Hindernis auf dem Weg zum Sozialismus sind, und sie glaubt daher, daß es Pflicht der Sozialisten ist, den Imperialismus zu vernichten und Kriege unmöglich zu machen; deshalb erstrebt sie die größtmögliche Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung, das wirksamste Vorgehen dieser Bewegung, wenn es gilt, Kriege zu verhindern und unterdrückte Völker zu befreien, und die Unterstützung des Sieges der Arbeiterklasse in allen Ländern mit allen Mitteln, die ihr zu Gebote stehen.

8. Methoden

In Verfolgung dieser Ziele ist sich die I. L. P. klar darüber, daß es unter besonderen Umständen für die organisierte Arbeiterschaft nötig werden kann, zu außerpolitischen Mitteln, wie direkte Aktion, zu greifen; denn die Wahlen unter dem gegenwärtigen System des britischen Parlamentarismus ergeben häufig eine falsche und unzureichende Vertretung und setzen die Regierungen imstand, den nationalen Willen zu beugen und zu durchkreuzen. Die I. L. P. ist der Meinung, daß das beste Mittel zur Herbeiführung einer friedlichen Revolution darin besteht, daß die Arbeiterschaft sich für die Uebernahme der Industrie vorbereitet. Die I. L. P. ist entschlossen, teilzunehmen an dem Kampfe der Arbeiterklasse um die Befreiung von der wirtschaftlichen Tyrannei, die die Kapitalistenklasse und der kapitalistische Staat ausüben.

(Gegenüber den Feststellungen im Punkt 8 erhebt sich eine ausgesprochene Meinungsverschiedenheit, was die Mittel zur Herbeiführung des sozialistischen Staats betrifft; eine Minderheit des Programmausschusses tritt ein für die Anwendung der Revolution.)

Die Bedeutung und Möglichkeiten dieses Entwurfes werden wir in einem zweiten Artikel weiteren Betrachtungen unterziehen.

Deutschlands Vertreter für London

Die zur Londoner Konferenz fahrende deutsche Delegation wird aus dem Reichsminister des Aeußern Dr. Simons und sieben beigeordneten Delegierten bestehen. Diese sind: vom Auswärtigen Amt die Ministerialdirektoren Dr. Göppert und v. Simson, vom Reichsfinanzministerium die Staatssekretäre Dr. Schröder und Dr. Bergmann, vom Reichsministerium des Innern Staatssekretär Dr. Lewald, vom Reichswehrministerium General v. Seeckt und vom Reichswirtschaftsministerium Ministerialdirektor v. Le Suire. Außerdem werden die Delegierten etwa 25 höhere Beamte der beteiligten Reichsressorts sowie ein Sondervertreter Preußens und Bayerns begleiten. Das Bureau der Delegation besteht aus etwa 20 Personen.

•

Petit Parisien vernimmt, daß die deutschen Gegenvorschläge wahrscheinlich zwei bestimmte Vorschläge enthalten werden, nämlich die gesamte Summe, die Deutschland anbietet und die Summe, die mit Hilfe einer internationalen Anleihe bezahlt werden könnte. In der deutschen Antwort seien vor allem industrielle und kommerzielle Fragen, weniger finanzielle Fragen erörtert worden, da diese mündlich von Rathenau neu gezeigt werden. Die andern deutschen Sachverständigen werden nur nach London berufen werden, wenn sie als notwendig erscheinen sollten. General v. Seeckt geht auf jeden Fall mit nach London. Man glaubt deshalb, daß man dort auch über die Entwaffnung sprechen wird.

Wenn Deutschland, wie erwartet wird, mit Vorschlägen kommt, um die zerstörten Gebiete in Nordfrankreich aufbauen zu helfen, ist es nicht unmöglich, daß man in Frankreich diesen Vorschlägen nicht mehr so absolut ablehnend gegenüber steht. Bemerkenswert ist ein Aufsatz, den Herriot in der Victoire dieser Frage widmet mit der Frage „Warum nicht?" Er sieht einen großen Vorteil in der Angelegenheit des Wiederaufbaues und hebt hervor, daß Deutschland über zahlreiche gute Arbeitskräfte verfüge. Je schneller Nordfrankreich wieder aufgebaut wird, desto eher wird Frankreich seine frühere industrielle Macht wieder erlangen. Die gleiche Ansicht ist auch bereits von andern Blättern ausgesprochen worden. Die neue syndikalistische Zeitung Le Peuple erklärt, daß die Bevölkerung Nordfrankreichs seit langem erkannt habe, daß ein von den Deutschen gebautes Dach ihr lieber sei als überhaupt keines.

•

Italien verzichtet auf die 12 Prozent

Rom, 24. Februar. Die Kammerausschüsse für Aeußeres und Finanzen faßten gestern Beschlüsse, die dem Grafen Sforza sofort übermittelt worden sind. Es heißt in diesen Beschlüssen, Italien habe die Feststellung gemacht, daß seine Opfer während des Krieges schlecht gewürdigt würden, und daß es verdient, besser belohnt zu werden. Wenn Deutschland die letzten Entscheidungen der Alliierten ablehnen und die Alliierten sich zu einer Revision der Pariser Beschlüsse entschließen würden, wäre Italien geneigt, auf das System der 12 Prozent Ausfuhrabgabe zu verzichten und auf weniger unbestimmter Grundlage zu verhandeln. Es wäre gut, wenn in der Frage der Entschädigungen die Feinde weitergehende Vorschläge machen und wenn besonders die allgemeine Annullierung der von den Alliierten aufgenommenen Anleihen in Aussicht genommen würde.

•

Wiederaufnahme des konsularischen Verkehrs

Washington, 24. Februar. Die amerikanische Regierung teilte der deutschen Regierung mit, daß sie bereit sei, den Vorschlag zur Wiederherstellung des konsularischen Dienstes zwischen beiden Ländern wieder aufzunehmen; sobald die neue Regierung ihr Amt angetreten habe, würde der neue Außenminister sich mit den hierzu nötigen Unterhandlungen befassen.

Der Reichswirtschaftsrat und die Londoner Konferenz

Berlin, 24. Februar. Der Reichswirtschaftsrat beschäftigte sich heute mit der Stellungnahme zur Londoner Konferenz.

Der Vorsitzende, Ehler v. Braun, führte u. a. aus: **Das ganze Volk ist einig in der Ablehnung der Bedingungen,** die Deutschland zu Elend und Hunger verurteilen. Ebenso einig wie diese **Auffassung ist der Entschluß des Volkes, seine Verpflichtungen bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit zu erfüllen.** Deutschland war vor dem Krieg ein reiches Land. Aber es hat in wirtschaftlicher Hinsicht einen großen Teil der in harter Arbeit erzielten Errungenschaften aufgeben müssen. Noch mehr ist ihm durch den Waffenstillstand weggenommen worden. Lloyd George hat im Unterhause selbst anerkannt, was Deutschland schon geleistet hat. Deutschland ist stark an das Ausland verschuldet und große Teile an den deutschen Unternehmungen dürften Eigentum des Auslandes. Eine weitere Schwächung unseres Volksvermögens ist unmöglich. Die Gegner schädigen sich selbst, wenn sie nicht einsehen, daß sie mit Sklavenarbeit keine Reichtümer aus Deutschland herausziehen können, sondern sich nur den Haß der ganzen Welt zuziehen. (Lebhafte Zustimmung.) Der Reichsminister des Aeußern rüttelt sich, nach London zu gehen. Ich richte an ihn namens des Reichswirtschaftsrates die Frage, ob er entschlossen ist, die **einmütig ablehnende Haltung des deutschen Volkes unerschütterlich und, wenn es sein muß, bis zum bitteren Ende zu vertreten** und andere Vorschläge zu machen, die die Lebensmöglichkeit des deutschen Volkes berücksichtigen. (Beifall.)

Reichsminister des Aeußern **Dr. Simons:**

Die Pariser Beschlüsse setzen sich zum großen Teil aus der Entwaffnungsfrage und zum kleineren Teil aus der Reparationsfrage zusammen. Die Reichsregierung ist gewillt, **die Entwaffnungsverpflichtungen, die der Friedensvertrag von Versailles und das Abkommen von Spa uns auferlegt haben,** in der Form, wie sie jetzt in ihren mäßigeren Terminen dem deutschen Volke in Paris auferlegt worden sind, loyal und im Rahmen des Friedensvertrages **zu erfüllen.** Es ist meiner Ansicht nach eine vollkommene Verkennung des Tatbestandes, wenn man immer noch davon spricht, daß die Gefahr bestehe, daß wir militärisch angreifen könnten. Soweit sich in der Durchführung der Entwaffnungsfrage unter der Kontrolle der interalliierten Kontrollkommission Anstände ergeben haben, wie sie in großer Zahl in den Pariser Beschlüssen niedergelegt worden sind, werden diese Anstände **nach Kräften beseitigt werden,** allerdings mit dem Hinblick auf das, was uns der Friedensvertrag auferlegt. Unzweifelhaft ist, daß wir in der

Reparationsfrage

einen außerordentlich **harten Sturm** werden zu bestehen haben. Denn die Pariser Beschlüsse sind nicht etwa aus der Luft gegriffen, sondern sie sind im heißen Kampfe und wie ich glaube, in großer Hast, schließlich zustande gekommen, um den unbedingten Notwendigkeiten der finanziellen und wirtschaftlichen Lage unserer Gegner zu entsprechen. Wir werden unsere Gegenvorschläge so einrichten müssen, daß wir auf eine Einigung unserer Gegner doch rechnen können. Freilich wird jetzt in der französischen Presse gesagt, in London handle es sich **nicht um eine Aenderung der Pariser Beschlüsse,** sondern um ihre Durchführung. Dann gehen wir vorgehend nach London, denn eine Anwendung und Durchführung dieser Beschlüsse halte ich für völlig ausgeschlossen. Ich will mich nur auf einen Punkt beschränken, auf die Unmöglichkeit der Annuitäten und die Unmöglichkeit der zwölfprozentigen Abgabe auf den Export. Eine besonders wichtige Annuität ist bekanntlich die **Leistung bis**

6 Milliarden Goldmark

jährlich, die 42 Jahre lang auf der deutschen Wirtschaft lasten soll. Die Sachverständigen der uns und darüber sind, daß wir diese sechs Milliarden Goldmark nicht leisten können, wenn **auf die Dauer sich ein Ueberschuß aus der Ausfuhr ermöglichen läßt.** Es ist nicht eine **durchdachte, sondern von rasendem Optimismus eingegebene Idee, daß wir dauernd sechs Milliarden Goldmark aus unserm Ausfuhrüberschuß den Gegnern zur Verfügung stellen können.** Nun ist aber unsere bisherige Gegnerschaft nicht dazu aus, uns eine derartige Ausfuhr möglich zu machen, sondern im Gegenteil, schon jetzt macht sich das Bestreben geltend, unsere Ausfuhr zu unterbinden. Wie paßt dazu das Verlangen, neben den sechs Milliarden Goldmark uns auch noch die zwölfprozentige Ausfuhrabgabe aufzuerlegen. Diese Ausfuhrabgabe wurde uns in einer Lunte nahegelegt, daß man uns sagte, wenn ihr diese Abgabe nicht auf die Ausfuhr legt, dann bekommt ihr die differenzierten Zölle auf deutsche Waren. Ich meine ausdrücklich, diesen Weg zu betreten. Es ist ein Irrweg. Die deutschen Gewerkschaften können diese **Verpflichtungen nicht tragen.** Der Wiederaufbau wird damit zum Erliegen gebracht. Die Statistik zeigt, daß von einer aufsteigenden Bewegung nicht die Rede sein kann. Die Welle der Geschäftslosigkeit, die sich in Amerika zeigt, wird auch uns erfassen. Das ist die allgemeine Weltstimmung, die dahin geht, sich jede Möglichkeit einzuschränken, um die furchtbaren Lasten, die der Krieg allen auferlegt hat, durch Sparsamkeit wieder abzuhelfen. An dieser Stimmung, die uns vom Westen auferlegt wird, kann nicht weiter die Welle, die **deutsche Wirtschaft zugunsten der fremden Industrien zu zerstören,** wodurch dann allerdings auch die Wirtschaft dieser Länder selbst zerrüttet wird. (Sehr richtig!)

Die Versklavung des deutschen Volkes zu einer tollen

Fronarbeit

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210225/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG